

Für solide Finanzen! Denn es geht um Ihr Geld!

Die bisherige Politik hat die Kommunen ruiniert

Die Misswirtschaft der Altparteien, ideologische Großprojekte und die Kosten der illegalen Einwanderung haben Bayerns Kommunen mit Schulden überfrachtet. Hinzu kommen die verheerenden wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns, der gesundheitspolitisch völlig unnötig war. Zahlreiche Unternehmen wurden in die Insolvenz getrieben. Dadurch brachen die Gewerbesteuern ein, und die Kommunen haben noch weniger finanziellen Spielraum. Trotzdem wollen die etablierten Parteien weitermachen wie bisher. Nicht mit uns!

Mehr Teilhabe durch Bürgerentscheide

Das Geld wird nicht vom Staat erwirtschaftet, sondern vom Steuerzahler. Deshalb wollen wir ihn stärker an der Kommunalpolitik beteiligen. Die AfD tritt für Bürgerentscheide ein, um den Menschen mehr Teilhabe zu ermöglichen. Bestimmen Sie mit, wofür in Ihrer Heimat das Geld ausgegeben wird!

Verantwortung für künftige Generationen übernehmen

Die AfD fordert eine verantwortungsvolle und solide Haushaltspolitik. Nur eine sparsame Haushaltsführung ist nachhaltig und bürgerfreundlich. Riskante Finanzierungsmodelle lehnen wir ab. Das Machbare muss vor dem Wünschenswerten Vorrang haben. Bei der Finanzplanung müssen die Folgekosten immer berücksichtigt werden. Wir dürfen nicht das Geld künftiger Generationen verschwenden.

Orientierung am Gemeinwohl statt Privilegierung lautstarker Minderheiten

Wir setzen uns für eine schlanke, effiziente und transparente Verwaltung ein. Investitionsentscheidungen müssen zum Nutzen aller Bürger getroffen werden und nicht den ideologischen Vorlieben Bessergestellter entsprechen. Sinnlose Luxusausgaben und die Alimentierung von „Beauftragten“ zur Durchsetzung politisch korrekter Vorgaben lehnen wir ab.

Bürokratie abbauen!

Das Finanzgebaren der Kommunen muss regelmäßig durch neutrale Instanzen überprüft werden. Bürokratismus ist konsequent abzubauen. Wir streben kostensparende Privatisierungen an, sofern die Versorgung der Öffentlichkeit mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen sichergestellt ist.

Kommunales Steuerrecht statt zentralistische Geldzuweisungen

Die AfD tritt für ein kommunales Steuerrecht ein, um den Kommunen die Konsolidierung ihrer Haushalte zu ermöglichen. Im Gegenzug soll die Grundsteuer abgeschafft werden, und die Gemeinden sind an der Einkommensteuer zu beteiligen.

Keine Eintreibung von Rundfunk- gebühren durch die Gemeinden

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist keine Behörde. Daher sind die Städte und Gemeinden auch nicht für die Eintreibung der Rundfunk-Zwangsgebühren zuständig. Die Verschwendung öffentlicher Gelder für diesen Verwaltungsaufwand ist unzulässig.